

# Resolution

der Vollversammlung der AGABY

## Vormarsch des Rassismus und der Rassisten stoppen!

**Wir, die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, warnen vor dem Erstarken rassistischer Kräfte und Positionen in Gesellschaft und Politik.**

Rechtsradikale und Funktionäre rechter Parteien und Gruppierungen wie NPD, AfD und Pegida propagieren rassistischen Hass und Gewalt. Es werden zunehmend u.a. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Gebetshäuser verübt. Aber auch in der Mitte der Gesellschaft wachsen Vorurteile und Vorbehalte gegen Migranten, Flüchtlinge, Muslime, Juden, gegen alles „Fremde“. Die Politiker\_innen der demokratischen Parteien reagieren darauf nicht mit sachlichen Argumenten und den Mitteln von Rechtsstaat und Verfassungswerten. Stattdessen bestätigen sie die verunsicherten Bürger\_innen noch in ihren Ängsten, legen das Asylrecht immer restriktiver aus und übernehmen populistische Forderungen wie die nach einer Obergrenze für Flüchtlinge.

Die Angst vor Zuwanderern und Geflüchteten ist unbegründet. Die Geschichte zeigt, dass wir nicht Angst vor Geflüchteten, sondern vor den Rassisten haben müssen, die schon einmal Deutschland und ganz Europa in Schutt und Asche gelegt haben.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rassistische Vorurteile in der Mitte der Gesellschaft sind nichts Neues. Bereits 2011 stellte die wissenschaftliche Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ des Soziologen Wilhelm Heitmeyer fest, dass erhebliche Bevölkerungsteile eine Ideologie der Ungleichwertigkeit vertreten und feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft haben.

Die unter dem Motto „Man wird es wohl noch sagen dürfen“ laufende Entwicklung, offen rassistische Vorurteile und Positionen zu vertreten, greift um sich und wird zunehmend salonfähig. Es ist erschreckend, dass bei kriminellen Taten, wie in der Silvesternacht in Köln, nicht einzelne Täter bestraft werden, wie es rechtsstaatlich angebracht wäre. Stattdessen werden ihre Taten ethnisiert und ausgenutzt, um mit pauschalen Vorurteilen gegen ganze Volksgruppen oder Geflüchtete allgemein zu hetzen.

Rassistische Einlasspolitik vor Diskotüren ist nichts Neues und wurde durch Tests mehrfach nachgewiesen. Einzelne Diskotheken in Freiburg und Ingolstadt haben nun ein allgemeines Einlassverbot für Geflüchtete erlassen. Auch aus Schwimmbädern werden mittlerweile Besucher\_innen aufgrund von rassistischen Kriterien ausgeschlossen.

Selbst erfundene Nachrichten reichen aus, wie im Falle des russlanddeutschen Mädchens Lisa, gegen Flüchtlinge Stimmung zu machen. Das zeigt, dass rassistische Vorurteile ein gesamtgesellschaftliches Problem sind. Auch Menschen mit Migrationshintergrund betreiben solche Hetze.

Nur ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, eine klare Haltung des Staates und der Politik, die auf der Unantastbarkeit der Menschenwürde und einer nachhaltigen konsequenten Bekämpfung des Rassismus basiert, kann diesen höchst gefährlichen Trend für Gesellschaft und Demokratie stoppen.

### **Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern:**

- Null Toleranz bei rassistischen und volksverhetzenden Äußerungen und Handlungen, auch in den sozialen Medien; konsequente Strafverfolgung und Opferschutz;
- Antirassistische Bildung und Erziehung als wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene;
- Antirassistisches Training und Supervision für alle Berufsgruppen, die mit Geflüchteten und Migrant\_innen zu tun haben;
- Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Förderung interkultureller Begegnungen und von Zivilcourage;
- Einrichtung eines unabhängigen Kompetenzzentrums auf bayerischer Landesebene zur Beratung und Unterstützung der von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Menschen;
- Flächendeckende Einrichtung von Anlaufstellen für von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen;
- Eine partizipative Integrationspolitik und eine solidarische Sozialpolitik, die allen benachteiligten Gruppen gleiche Chancen zu einem menschenwürdigen Leben ermöglichen.

Würzburg, 17. April 2016